

Schulen: UWG, Grüne und Linke wollen Sozialarbeiter dauerhaft angestellt wissen

Antrag an den Rat gestellt - Abwanderung soll verhindert werden

Neustadt (os). „Wenn die Stadt dem Motto „Neustädter Land - Familienland gerecht werden will, so ist es nur folgerichtig, die Schulsozialarbeit fortzusetzen“, begründen Dominic Herbst (Grüne) und Willi Ostermann (UWG) einen gemeinsamen Antrag ihrer Fraktionen an den Rat. Der fordert, dass die Schulsozialarbeiter wie im bisherigen Umfang unbefristet angestellt werden.

Grüne/Linke und UWG wollen damit ein Ende der wiederholten Zeitverträge erreichen - und vor allem verhindern, dass die gute Arbeit der jetzigen Stelleninhaber durch Abwanderung in andere Arbeitsverhältnisse beendet wird. Beide Politiker sind sich bewusst, dass die Aufgabe eigentlich Ländersache wäre, sehen aber die Stadt in der Pflicht eine Aufrechterhaltung des Angebots sicherzu-

stellen. Im Jugend- und Sozialausschuss Ende Januar wurde die Schulsozialarbeit vorgestellt und fand laut Ostermann und Herbst „parteiübergreifend“ Lob. Auch sei die Notwendigkeit gesehen worden, die Arbeit weiterzuführen. Zum Jahresende laufen auch die aktuellen Verträge aus. Bisher verteilen sich die Aufgaben an den weiterführenden und stundenweise an Grundschule auf 3,75 Vollzeitstellen, verteilt auf fünf Personen. Die Kosten dafür belaufen sich jährlich auf rund 180.000 Euro.

Die Verwaltung hat laut Sprecherin Nadine Schley erste politische Signale bereits in Richtung Weiterführung gedeutet und erarbeitet derzeit eine Drucksache zum Thema. „Wir sind uns des Problems bewusst, die Tendenz geht zur Weiterführung“, sagt sie.



Dominic Herbst (li.) und Willi Ostermann beantragen mit ihren Fraktionen die unbefristete Weiterführung der Schulsozialarbeit durch die Stadt.
Foto: Seitz